

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 21 (1946)
Heft: 10

Artikel: Zur Wohnungsnot
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wohnbauaktion im Kanton Schaffhausen

Der *Regierungsrat* beantragt dem Großen Rat, für die *Weiterführung* der Wohnbauaktion bis Ende 1947 einen *Kredit* von 1,2 Millionen Franken zu bewilligen. Die Vorlage unterliegt der Volksabstimmung. Gleichzeitig zieht der Regierungsrat seine Vorlage vom 16. August 1944 über die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung zurück, da diese zurzeit nicht notwendig sind. Im Bericht des Regierungsrates wird darauf

hingewiesen, daß Schaffhausen im Wohnungsbau an der Spitze aller Kantone steht. Vom August 1942 bis zum 30. Oktober 1945 sind 141 Gesuche mit total 659 Wohnungen genehmigt und Beiträge zugesichert worden. An die subventionsberechtigten Baukosten von 17,4 Millionen Franken haben die Gemeinden 1,4 Millionen, der Kanton 1,5 Millionen und der Bund 1,5 Millionen Franken geleistet.

Zur Wohnungsnot

Im Großen Rat des Kantons *Bern* wurde die Regierung durch eine Motion eingeladen:

«1. bei den eidgenössischen Behörden entschlossen dahin zu wirken, daß für den Kanton Bern die Quote subventionierter Wohnungen für die Periode 1946/47 wesentlich erhöht wird;

2. künftighin eine Wohnbausubventionspraxis zu verfolgen, die außer den minderbemittelten auch die mittelständischen Kreise angemessen berücksichtigt;

3. die kantonalen Organisationen des Gewerbes zu veranlassen, sie möchten auf Grund freier Vereinbarung den Wohnungsbau bezüglich der Arbeitskräfte bevorzugen.»

*

Der Landrat des Kantons *Baselland* bewilligte ohne Opposition einen Kredit von 1,5 Millionen Franken für die Fortsetzung der Wohnbauförderung im laufenden Jahre und als erste Etappe für 1947.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1946

Im ersten Halbjahr 1946 sind in den erfaßten 382 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern insgesamt 4877 Neubauwohnungen erstellt worden. Diese Zahl übertrifft diejenige vom Vorjahr von 3532 Wohnungen um 38,1 Prozent und entspricht annähernd derjenigen vom Jahre 1939 (+ 5,4 Prozent). Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr erstreckt sich auf alle Ortsgrößenklassen; sie ist aber in den Städten mit 10 000—100 000 Einwohnern bedeutend stärker ausgeprägt als in den Landgemeinden und — insbesondere — in den Großstädten, deren Anteil an der Gesamterstellung infolgedessen von 49,8 Prozent auf 41,3 Prozent zurückgegangen ist, während sich derjenige der übrigen Städte von 19,5 Prozent auf 26,3 Prozent erhöhte. Die Gliederung nach Gebäudearten ergibt folgendes Bild: die Einfamilienhäuser vereinigen 31,7 Prozent (Vorjahr 35,1 Prozent), die Mehrfamilienhäuser 61,4 Prozent (60,1 Prozent) und die übrigen Gebäude mit Wohnungen 6,9 Prozent (4,8 Prozent) aller Neuerstellungen auf sich. Der Anteil der durch Baugenossenschaften sowie der mit öffentlicher Finanzbeihilfe erstellten Wohnungen an der Gesamtzahl entspricht mit 39,8 Prozent bzw. 62,9 Prozent im Berichtshalbjahr ungefähr demjenigen vom Vorjahr (38,9 bzw. 61,8 Prozent). Auf Kleinwohnungen (mit 1—3 Zimmern) entfallen 51 Prozent aller Neubauwohnungen, gegenüber 53,8 Prozent im Vorjahr.

Durch Umbauten sind im Berichtsjahr 392 Wohnungen entstanden (Vorjahr 358) und durch Abbrüche usw. 199 Wohnungen (118) in Wegfall gekommen. Der Reinzugang beträgt somit 5070 Wohnungen, 34,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der im Berichtsjahr baubewilligten Wohnungen beläuft sich auf 10 888 und übersteigt damit die entsprechenden Vergleichszahlen sämtlicher Jahre seit 1931. Sie ist um 60,4 Prozent höher als die Vorjahreszahl und beträgt etwas mehr als das 5fache des im ersten Halbjahr 1940 erreichten Tiefstandes. Die großen Landgemeinden im besonderen, aber auch die kleinen Landgemeinden und die Städte mit 10 000 bis 100 000 Einwohnern sind für die Zunahme an Baubewilligungen ausschlaggebend. Während sich der Anteil der Landgemeinden am Total aller Bauvorhaben von 33,4 auf 40,8 Prozent erhöhte, hat sich derjenige der Großstädte von 39,1 auf 29,5 Prozent gesenkt. Zufolge dieser Entwicklung sind die Mehrfamilienhäuser anteilmäßig von 66,2 auf 61,2 Prozent zurückgegangen. Die genossenschaftlichen Bauvorhaben vereinigen 34 Prozent der Gesamtzahl (Vorjahr 35,3 Prozent) auf sich, während der Anteil der voraussichtlich öffentliche Finanzbeihilfe genießenden Bauvorhaben von 54,7 auf 58,2 Prozent leicht angestiegen ist.

Bei den Gebäuden ohne Wohnungen ist die Zahl der Neuerstellungen im Vergleich zum ersten Halbjahr 1945 von 819 auf 1260 und diejenige der Baubewilligungen von 1112 auf 2057 angestiegen. Die Zunahme entfällt vor allem auf Garagen, Fabriken und Werkstattgebäude, betrifft aber auch diverse Nebengebäude. Ställe, Scheunen und Ökonomiegebäude dagegen weisen sowohl hinsichtlich der Neuerstellungen als auch der Baubewilligungen etwas kleinere Zahlen auf als vor Jahresfrist.

Nach Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit in «Die Volkswirtschaft»